

Die Gemeinde erhebt Einspruch

25.11.2006 00:00 von Bi-Bahntrasse

Die Gemeinde erhebt Einspruch

Kein Ausbau der Rheintalbahn ohne ausreichenden aktiven Lärmschutz / Pläne liegen im Hohberger Rathaus aus

Gemeinderat und Verwaltung befürworten den Ausbau der Rheintalbahn – wollen aber, dass die Deutsche Bahn beim Lärmschutz nachbessert. Deshalb will Hohberg im laufenden Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium einen Einspruch einlegen.

VON KLAUS KRÜGER

Hohberg. Die Pläne zum Aus- und Neubau der Rheintalbahn Karlsruhe – Basel für das Planfeststellungsverfahren liegen bei der Gemeinde Hohberg aus. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zum Dienstag, 19. Dezember, Einspruch erheben. Dazu gibt es Vordrucke bei der Gemeindeverwaltung, wie Bürgermeister Klaus Jehle im Gespräch mit unserer Zeitung betonte.

»Bis jetzt ist der Besucherstrom ruhig«, sagt er – aber es kommen regelmäßig Leute, die sich informieren und alle zwölf Aktenordner mit den Plänen der Deutschen Bahn zum Ausbau der Rheintalbahn einsehen. Fest steht auch schon, wer Einspruch beim Regierungspräsidium in Freiburg gegen die Pläne der Bahn erheben wird: die Gemeinde selbst. Da sind sich Verwaltung und Gemeinderat einig, sagt Bürgermeister Jehle. Der Gemeinderat habe sich am Montag in nichtöffentlicher Sitzung mit dem Thema befasst. Klaus Jehle: »Wir haben klar gemacht, dass wir hinter dem Ausbau der Rheintalbahn stehen. Aber nur, wenn die Bahn für ausreichend aktiven Lärmschutz sorgt. Wir wollen schon möglichst viele Güter von der Straße auf die Schiene bekommen«, fasst Jehle zusammen, »aber der Schutz der Menschen ist dabei wichtig.«

700 Züge täglich

Die Pläne der Bahn sehen, laut Bürgermeister, vor, im Jahr 2015 rund 700 Züge täglich durch das Rheintal zu schicken. Heute seien es 436. Das gehe nicht ohne ausreichenden Lärmschutz.

Die Gemeinde argumentiert, die vier Meter Lärmschutzwand in den Plänen der Bahn seien zu wenig. »Wir nennen aber keine konkrete Höhe, sondern wollen das Optimum für unsere Bürger«, betont Klaus Jehle.

Die Bahn dürfe auch nicht immer mit der Wirtschaftlichkeit argumentieren – »schließlich verdient sie mit den Güterzügen ja auch gutes Geld.« Gemeinderat und Verwaltung fordern: So wenig wie möglich passiven, so viel wie möglich aktiven Lärmschutz. Der Unterschied: Aktiver Lärmschutz sind zum Beispiel Lärmschutzwände entlang der Bahnstrecke, passiver Lärmschutz Dämmungen an den Gebäuden der Anwohner.

7000 Einwendungen

Die Verwaltung erwartet bis zum Stichtag allerdings auch Einwendungen von Privatleuten – in Herbolzheim waren es bis zum Stichtag am 12. Juli immerhin rund 7000 Stück. Das Regierungspräsidium in Freiburg sammelt derzeit alle Einsprüche.

Und welchen Erfolg versprechen sich Gemeinderat und Verwaltung vom Einspruch? Klaus Jeble: »Wir hoffen, das Regierungspräsidium trägt unseren Einsprüchen Rechnung und fordert die Bahn auf, beim Lärmschutz nachzubessern.«

Die Unterlagen können bis einschließlich Dienstag, 5. Dezember, öffentlich im Rathaus Hofweier, Zimmer 1, Freiburger Straße 30, 77749 Hohberg, eingesehen werden – während der Dienststunden montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr, zusätzlich mittwochs von 14 bis 18 Uhr. Bei Fragen stehen bei der Gemeindeverwaltung Hohberg Hannes Heuberger (Tel. 0 78 08 / 88 20) und Petjo Schimpf (Tel. 0 78 08 / 88 26) gerne zur Verfügung. Informationen gibt es auch auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Freiburg: www.rp-freiburg.de